Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist“, jeden Mittwoch „Technische Rundschau“, jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Chronik „Der Welt-Spiegel“, jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK“, jeden Sonnabend „Haus Hof Garten“; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr“. Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post viertelj. 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49. Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10148, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger“ 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger“ 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 83; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Prinzenstr. 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 39; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 11; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 104a; Weißensee: Berliner Allee 28; Wilmersdorf: Uhlandstraße: 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 569.
41. Jahrgang

Donnerstag
7. November 1912

Zwischen Tschorlu und der Tschataldschalinie

In Sofia erzählt man, die türkische Armee, die sich auf die Tschataldschalinie zurückzieht, sei auf dem Rückmarsch in einer zweitägigen Schlacht abermals geschlagen worden. Die Nachricht ist mit Vorsicht aufzunehmen, da erstens jede offizielle Bestätigung — die von bulgarischer Seite doch schon vorliegen müßte — fehlt und da ferner unser Spezialkorrespondent gestern meldete, den Bulgaren sei auf den durchweichten Wegen das Vordringen sehr erschwert. Allerdings muß dazu bemerkt werden, daß Herr Major Zwenger die Gegend, in welcher die neue Schlacht stattgefunden haben soll, am 3. oder 4. November verlassen hat, und daß der angebliche Zusammenstoß am 4. und 5. stattgefunden haben kann. Im Plane der bulgarischen Heeresleitung liegt es, wie schon mehrfach gesagt wurde, die türkische Armee noch vor der Tschataldschalinie zu einer neuen Schlacht zu zwingen, damit nach einem Siege die bulgarischen Verfolger gleichzeitig mit den Geschlagenen in die Linie eindringen können. Die Friedensverhandlungen werden vermutlich noch nicht beendet sein, wenn die Türken und die Bulgaren an der Tschataldschalinie stehen. Die Balkanstaaten wünschen eine Hinauszögerung der Verhandlungen, bis die bulgarische Armee vor Konstantinopel angelangt sein wird und bis die Griechen und die Serben Saloniki genommen, die Montenegriner Skutari erstürmt haben werden, und die Großmächte brauchen, obgleich aus Oesterreich-Ungarn jetzt fortgesetzt versöhnliche Töne kommen, wohl noch einige Zeit, um ihren gemeinsamen Vermittlungsplan aufzustellen. Das einzige Mittel, das neues Blutvergießen verhindern könnte, hieße: schneller Verzicht der Türkei auf allen europäischen Besitz. Aber zu so radikaler Unterwerfung entschließt sich die türkische Regierung noch nicht.

*

Die Türken angeblich zwischen Tschorlu und Tschataldscha nochmals geschlagen.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Sofia, 6. November.

Die schon gemeldete neue Schlacht, die im Gebiete zwischen Tschorlu, Sarai und dem Strandschagebirge stattfand, und zwei Tage gedauert hat, ging nach hier vorliegenden Meldungen gestern zu Ende. Die türkische Macht, die über 200 000 Mann stark war, wurde von den Bulgaren **vollständig geschlagen** und gezwungen, sich in Unordnung gegen **Tschataldscha zurückzuziehen.** Sie wird von den Bulgaren verfolgt. Die Bulgaren erbeuteten viele Trophäen und machten zahlreiche Gefangene. Die offizielle Bestätigung dieser Meldung fehlt noch.

Wien, 6. November.

Aus Konstantinopel wird vom 5. mittags gemeldet, daß die Stimmung im Heere bei Tschataldscha eine derartige sei, daß auf einen wirksamen Widerstand dieser Truppen nicht mehr gerechnet werden kann. Der bis dahin geordnet verlaufene Rückzug artete am Sonntag schließlich in eine wilde Flucht aus, obwohl Nasim Pascha die Truppen zum Stehen zu bringen suchte, indem er selbst mehrere fliehende Offiziere und Soldaten niederschoß. Noch mittags wurden in Habenköj 57 ausgerissene türkische Offiziere standrechtlich erschossen. Sonntag früh explodierten auf dem Bahnhof Habenköj zwei Bomben unter einem Militärzug. Die Gleise wurden aufgerissen und sechs Waggons, welche von Soldaten dicht gefüllt waren, zertrümmert. Alle Soldaten kamen um, wodurch die Panik noch erhöht wurde. Die größte und fast ausschließliche Sorge der Regierung und der Korpskommandanten ist nun, die Hauptstadt vor den Horden flüchtiger Soldaten zu bewahren, denn es besteht die Gefahr, daß die hinter der Tschataldschalinie stehenden Truppen von 150 000 Mann auf der Flucht die Hauptstadt bedrohen können. Durch die Ankunft fremder Kriegsschiffe ist die Konstantinopeler Bevölkerung einigermaßen beruhigt worden.

Stara-Zagora, 6. November.

Hier ist jetzt amtlich bekanntgegeben worden, daß die bulgarischen Truppen **Tschorlu** nach heftigem Kampfe **genommen** haben.

Der Sultan will nach Asien übersiedeln.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 6. November.

Die Agence Havas meldet über Wien aus Konstantinopel, daß der Sultan sich anschicke, mit seinem ganzen Hofe und auch mit der Regierung Konstantinopel zu verlassen, um nach Asien zu übersiedeln. Die Archive sollen bereits gepackt und alles zu dem denkwürdigen Umzuge bereit sein.

Die Schlachttage vom 30. Oktober bis zum 2. November.

Die Niederlage und die Flucht an den ersten Schlachttagen. — Die Ankunft der Verstärkungen.

(Telegramm unseres zur türkischen Armee entsandten Spezialkorrespondenten.)

Tschorlu, türkisches Hauptquartier, 2. November, 7 Uhr abends. (Verspätet über **Konstantza** eingetroffen.)

(Während das im gestrigen Abendblatt veröffentlichte Telegramm unseres Spezialkorrespondenten Major z. D. Zwenger die Ereignisse vom 2. und 3. November — und speziell den tapferen und siegreichen Angriff Mukhtar Paschas vom 2. November — schilderte, berichtet dieses Telegramm teilweise über die Kämpfe der vorangegangenen Tage. Es ist früher niedergeschrieben und aufgegeben worden als das gestrige Telegramm.

Die Redaktion.)

Der Kampf hatte am 29. Oktober auf der ganzen Linie Wisa—Karagatsch—Lüle-Burgas mit größter Heftigkeit begonnen. Lüle-Burgas fiel in bulgarische Hände, ebenso Karagatsch, wo 16 Geschütze erobert wurden. Am 30. Oktober hielt der rechte Flügel der Türken stand, wurde aber schließlich bis Susus-Muselin zurückgedrängt. Das brennende Sakisköj und Amurdza wurden von den Bulgaren genommen. Die Nacht vom 30. zum 31. Oktober habe ich vor den feindlichen Linien zugebracht. Schon auf dem Ritt zur Schlachtlinie über Karisdiran trafen wir zahllose Versprengte an. Je näher wir dem Feinde kamen, um so mehr schien der moralische Halt unter den Truppen gelockert. Die Truppen hungern und tragen schon zerfetzte Anzüge. Wir sahen die Protzen des 4. Artillerieregiments zurückkehren. Die Geschütze waren bei Karagatsch in die Hände des Feindes gefallen. Ich blieb die Nacht über beim Stabe des 4. Armeekorps (Adrianopel). Das Gefecht dauerte ununterbrochen bis in die späte Nacht. Noch nachts hörten wir das Knattern des Maschinengewehrfeuers. Die Bulgaren machten sichtlich Fortschritte. Der linke Flügel bei Denvich war zurückgedrängt worden, das Stabsquartier nicht ungefährdet. Am frühen Morgen wurde der Rückmarsch wegen Uebermüdung der Pferde angetreten. Tausende hatten die Kampflinie verlassen und flohen einzeln und in Trupps zurück. Die Offiziere und Ordonnanzen versuchten durch Zureden und Anrufe Allahs die Flüchtlinge zurückzuhalten. Kavalleriepatrouillen trieben von rückwärts Marodeure mit der blanken Waffe in die Kampflinie zurück, alles ohne Erfolg. Die Truppen waren demoralisiert. An einen Stillstand oder gar ein Vorgehen war nur nach dem Eintreffen frischer Truppen zu denken. Am 31. Oktober wurde der türkische linke Flügel noch weiter zurückgezogen und nördlich von Karamersel durch neun Bataillone und eine Batterie verstärkt. Der rechte Flügel ging von Wisa—Bir-Muschin südlich auf Azbag zurück. Dorthin wurde alle entbehrliche Artillerie gesandt, ebenso ein Lehrregiment unter einem deutschen Oberst. Am 1. November wurde die Rückwärtsbewegung fortgesetzt. Die mächtige Höhenstellung bei Getscherler und Sandakli wurde zu energischer Verteidigung eingerichtet. Der Kampf schwieg tagsüber, wurde aber in der Nacht zum 2. November wieder mit großer Heftigkeit aufgenommen. Bis jetzt haben die Türken schätzungsweise 10 000 Verwundete. Der Sanitätsdienst läßt viel zu wünschen übrig. Am 1. November kamen frische Truppen aus Smyrna an, ein Infanterieregiment und vier Batterien, sehr gut aussehende Linientruppen, und gingen direkt zur Front. An der Befestigung der Tschataldschalinie wird eifrigst gearbeitet. Alles schwere Geschütz ist dorthin gebracht worden, auch (leider) die Feldhaubitzen. Der Kanonendonner der letzten Nacht hat die Waffenstillstands- und Friedensgerüchte wieder verstummen lassen. Die Militärattachés kamen gestern gleichfalls in Tschorlu an. Wir reiten heute nach Tscherkeßköj, um von dort gegen Wisa zu marschieren. Der Ort ist längst in den Händen der Bulgaren. Aber das wird türkischerseits hier nicht zugegeben.

Major z. D. Eugen Zwenger.

(Weitere Nachrichten auf Seite 3.)

Zur Großberliner Wohnungsfrage

IV. Das Programm 1. Bauordnung und Baukosten.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Bernhard Dernburg,
Wirklicher Geheimer Rat.

Durch die obligatorische Wohnungsaufsicht können eine Anzahl von Mißständen entdeckt, eine kleinere Anzahl beseitigt werden. Ihr Haupterfolg besteht darin, daß öffentlich auf Grund zuverlässiger und jederzeit zu kontrollierender Erhebung die außerordentlichen Mißstände, welche das großstädtische Wohnungswesen, insbesondere die Mietskaserne, mit sich bringt, festgestellt werden; dann ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sich nicht nur Regierung und Kommunen, sondern auch das gesamte Bürgertum für die Beseitigung der Mißstände einsetzt. Wir haben es noch allemal gesehen, daß, wenn nur die hinreichende Klarheit und Ueberzeugung geschaffen war, die persönlichen Interessen überwunden wurden. So wird es auch hier sein, vorausgesetzt, daß ein klares Ziel gesetzt und seine Erreichbarkeit nachgewiesen wird. Dieses Ziel programmatisch zusammenzufassen, soll jetzt versucht werden:

1. Unsere Fluchtlinienpläne und unsere Bauordnung sind die Bedürfnisse der 85 Prozent unserer minderbemittelten Bevölkerung zuzuschneiden. Hinsichtlich der Fluchtlinienpläne ist zu verlangen, daß der von dem modernen Städtebau angenommene Satz, wonach die Straßen einzuteilen sind in Großverkehrs- oder Ausfallstraßen, in Verkehrsstraßen und in Wohnstraßen allgemein aufgenommen wird. Diese Einteilung ist für die Herstellungskosten der Bauplätze von einschneidender Bedeutung. Die Ausfallstraßen, welche die Verkehrsmittel aufzunehmen haben, müssen breit und durchaus dauerhaft angelegt werden. Sie erfordern natürlich hohe Kosten und starke Geländeabtretungen. Die gewöhnlichen Verkehrsstraßen können auf eine sehr mindere Breite festgelegt werden, zweckmäßigerweise mit Vorgärten. Dadurch wird zwar nicht an Terrain gespart, aber doch an Straßenbaukosten und Unterhaltung; sie können in leichter Weise hergestellt werden. Heute wird in Groß-Berlin jede Straße gebaut und befestigt, als ob von morgens bis abends ein Verkehr à la Friedrichstraße über sie hinweg ginge. Hier haben die Gemeinden ihre Anforderungen vielfach übertrieben. Die Wohnstraßen bedürfen überhaupt keines besonderen breiten Dammes; sie können in Außenbezirken ohne Bordschwelle angelegt werden, leicht befestigt sein und brauchen vermutlich nur mit einem in der Mitte liegenden Strang von Kanalisations-, Wasser-, Gas- und Elektrizitätsleitungen ausgestattet werden. Das ermäßigt Abtretung und Straßenbaukosten und damit die Kosten des Baulandes. Dementsprechend sind

2. die Bauordnungen in bezug auf Höhe und Größe der zulässigen Häuser abzustufen. Man kann in der City gegen ein Steuerequivalent über das heute zulässige Maximum für reine Geschäftshäuser gern hinausgehen, für Wohnungsquartiere ist die Geländenutzung dagegen zu beschränken. Es ist auf flache Baublocks zu halten; die Mietskaserne hat in dem Groß-Berlin der Zukunft keinerlei Berechtigung! Kellerwohnungen sind zu verbieten. Die Querlüftung aller Wohnungen ist festzulegen; Aborte, die von der Küche und nur von der Küche zugänglich sind, wie sie heute noch genehmigt werden, nicht zu gestatten. Die baulichen Anforderungen sind entsprechend zu beschränken und für jede Kategorie von Straßen besonders festzulegen. Das System, die Mietskaserne als die Norm, das Etagenhaus und das Kleinhaus als Ausnahme zu behandeln, führt zur Zweckwidrigkeit und zur Willkür. Stadtnähe und Lage werden auch in Zukunft entsprechend dem natürlichen Bodenwert das Klein- und Einfamilienhaus für einen erheblichen Teil von Groß-Berlin ausschließen, und es ist selbstverständlich, daß Höhe der Gebäude, Anzahl der Bewohner, bei den Forderungen, die für die Standfestigkeit und Feuersicherheit gestellt werden müssen, eine große Rolle spielen. Aber Abnormitäten wie die, daß ein Einbesitzergrundstück mit zehn Kleinwohnungen in Reihe nur je eine Brandmauer am Ende zu haben braucht, während, wenn dasselbe Grundstück mehreren Kleinhäuslern gehört, deren nicht weniger wie 18 verlangt werden, müssen unmöglich werden, ebenso steht es mit Treppen, Korridoren, Wandstärken usw.

Dann sollten auch die Anliegerbeiträge anders geregelt werden, und zwar nach der Belastung der Entwässerungsanlagen und nicht nach der Frontlänge, die Mietskaserne mehr, das Kleinhaus weniger.

3. Das Beispiel Belgiens zeigt, welch außerordentliche Wohnungsverbesserung durch eine liberale Verkehrspolitik erreicht werden kann. Die Frage des Schnellverkehrs zwischen Arbeits- und Wohnstätte ist neben der Frage des Bodenpreises die wichtigste. Die Rentabilität in der ersten Zeit darf nicht ausschlaggebend sein für die Frage, ob sie angelegt werden können: Verkehrswege schaffen Verkehr. Es ist zuzugeben, daß die meisten sich im Anfang nur schlecht rentieren oder gar große Zuschüsse verlangen, aber mit der Zeit werfen sie eine verständige, sogar eine hohe Rente ab, entsprechend dem Wachsen der Städte und der dabei unvermeid-